

II-3880 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1922/1

1986-02-24

A N F R A G E

der Abgeordneten Deutschmann, Dipl.Ing. Dr. Zittmayr und Kollegen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Zurückziehung der Regierungsvorlage für ein Bewertungsänderungsgesetz durch die Bundesregierung

Mit der Aufforderung "Murer soll aus seinem Schlafwagen aussteigen und endlich etwas für uns tun." wurde der freiheitliche Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Ing. Gerulf Murer, von seinem Parteifreund, Landwirtschaftskammerrat Gero Hofer-Moser, in Greifenburg in Kärnten empfangen. Dorthin hatte die freiheitliche Bauernschaft Staatssekretär Murer zu einer Diskussionsveranstaltung geholt.

Anstelle von Erfolgsnachweisen bot der Staatssekretär der freiheitlichen Bauernschaft Versprechungen. In einem Bericht über diese Veranstaltung in der Kärntner Ausgabe der Kleinen Zeitung vom Samstag, dem 18. Jänner 1986, wird berichtet: 'Eine Zusage konnte der freiheitliche Staatssekretär den besorgten Kärntner Bauern machen: "Es wird keine Einheitswerterhöhung geben." Dies habe er dem Finanzminister abgerungen.'

- 2 -

Die notwendige Konsequenz ist daher die Zurückziehung der Regierungsvorlage für das Bewertungsänderungsgesetz. Eine solche Zurückziehung einer Regierungsvorlage kann die Bundesregierung gem. § 25 der Geschäftsordnung des Nationalrates jederzeit bis zur Abstimmung im Ausschuß vornehmen.

Im Nationalrat liegt aber nach wie vor die Regierungsvorlage Nr. 738 d. B. für ein Bewertungsänderungsgesetz vor, und ist dem Finanz- und Budgetausschuß zur Verhandlung zugewiesen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft

A n f r a g e :

- 1) Werden Sie im Ministerrat die Zurückziehung der Regierungsvorlage 738 d. B. für ein Bewertungsänderungsgesetz beantragen?
- 2) Hat ein freiheitliches Mitglied der Bundesregierung im Ministerrat den Antrag auf Zurückziehung der Regierungsvorlage 738 d. B. betreffend ein Bewertungsänderungsgesetz gestellt, oder ist Ihnen eine solche Absicht bekannt?